



## Pressemitteilung

### „HH 2016, der Stadt Allendorf (Lumda)“

hier: Beschlussempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2016 zum HH 2016

### ***Freie Wähler befürworten im Rahmen der Haushaltsdebatte 2016 vordergründig Maßnahmen für die Kinderbetreuung oder solche mit energetischem Hintergrund***

Dem zu Beginn der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses von der BfA/FDP gestellte Antrag auf Änderung der Tagesordnung, war auch Anliegen der Freien Wähler und wurde durch alle Fraktionen zugestimmt. Es handelte sich hierbei um einen Berichtsantrag zu dem von Bürgermeisterin A. Bergen-Krause eine Stellungnahme zu den möglichen Containerstandorten gefordert wurde. Dies im Sinne einer Informationspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, wie diese von uns gesehen wird.

Berichtet wurde, dass für Allendorf eine Containerlösung bevorzugt werde, welche mit Wohneinheiten für 32 oder 50 Personen und einer Standzeit von 2-3 Jahren einhergehe. Als mögliche Standorte wurde der Kinderspielplatz/Bahnhofstr. in der Kernstadt sowie der Sportplatz in Climbach genannt. Bei Letzterem solle noch eine Restfläche von 2.000 qm verbleiben, welche noch Aktivitäten der Bevölkerung zulasse, so A. Bergen-Krause. Für den Ortsteil Nordeck wurde kein Standort benannt, da hier bereits 27 Personen auf der Burg und in einer Privatunterkunft untergebracht seien. In Allendorf sind derzeit 16 Personen in einer GU untergebracht. Bei den Zuweisungen sei an eine Höhe von 3 % der Einwohner gedacht, wobei diese sich durchaus erhöhen kann.

Zu Beginn der Beratungen, gab es eine kurze Erläuterung seitens der Bürgermeisterin A. Bergen-Krause zu den Modalitäten hinsichtlich der Beantragung von Maßnahmen, welche durch das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) eine Förderung erfahren können und den Anträgen der Fraktionen hierzu.

Hier gibt es eine **klare Haltung der Freien Wähler, dass förderfähige Maßnahmen vordergründig in dem Bereich für die Kinderbetreuung und energetische Maßnahmen zu suchen sind.**

Aus dem Bundesprogramm, welches bei einem Betrag von 280.000,00 € eine Förderquote von 90% vorsieht, wurden durch die Verwaltung bereits Maßnahmen vorgeschlagen, welche vom Grunde her die Zustimmung in den Beratungen fanden. Als erfreulich wurde die

Nachricht aufgenommen, dass sich nach Abgabe eines verbindlichen Angebotes der veranschlagte Betrag für die Anbindung des Gewerbegebietes Löhrbachsgraben sowie Futterwiese an das Breitbandnetz von 100.000,00 € auf 40.000,00 € reduziert habe, sodass hier rund 60.000,00 € für dringliche Maßnahmen noch zur Verfügung stehen. Für die Dachsanierung des Kindergartens sind 43.000,00 € vorgesehen, die sich evtl. bei einem weiteren Ausbau noch erhöhen könnten.

Aus dem Landesprogramm stehen bei einer Förderung von 80% 109.000,00 € zur Verfügung. Vorschlag der Verwaltung ist, Sanierungsarbeiten an dem städtischen Wohngebäude in der Lindengasse und der Bordanlage Beuerner Str. in Climbach, Umstellung historischer Straßenlampen auf LED-Beleuchtung und die Installation eines Freien WLAN in Allendorf (Rathaus/Bürgerhaus/Festplatz), wobei letztere Maßnahme nicht die Zustimmung von Freien Wähler, FDP und Grüne fand. Wir sehen diese Maßnahme zwar als wünschenswert, aber nicht für dringend erforderlich.

Die Freien Wähler regten an, falls Mittel aus dem Förderprogramm für vordergründige Maßnahmen nicht restlos verplant werden können, diese für die Umstellung von Straßenlampen im öffentlichen Bereich auf LED-Beleuchtung zu verwenden. Der Vorschlag erhält eine Protokollierung und wird im gegebenen Fall zur Beschlussfassung dem Parlament vorgelegt.

In Zusammenhang mit dem Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ nahmen die Freien Wähler Stellung zu der Berichterstattung in der Lokalpresse zu den „angeblich fehlenden“ Kindergartenplätze. Zu lesen war u. a., dass ein tatsächlicher Bedarf von 20 Plätzen bis Sommer und ab Sommer von 15 Plätzen nicht gedeckt werden könne, diese Zahlen Angaben des Elternbeiratsvorsitzenden nach Rücksprache mit der Lebenshilfe seien und durch den Träger bereits Vorschläge zu eventuellen Erweiterungsmöglichkeiten gemacht wurden. So zu lesen in einem Bericht der Grünen am 12.02. im Gießener Anzeiger, mit dem Titel „Nur halbe Wahrheit aus dem Rathaus“. Diese Zahlen und Angaben wurden dem Parlament für Beratungen weder vorgelegt noch bestätigt, wobei sich die Frage nach deren Wahrheitsgehalt stellt.

Wir betrachten die Berichterstattung der Grünen sehr kritisch. Hierdurch wird in der Öffentlichkeit suggeriert, dass die Verwaltung und das Parlament seine Aufgabe nicht wahrnimmt, weiterhin wird bei der Elternschaft eine große Verunsicherung hervorgerufen. Dass zu dem vorgenannten Thema Handlungsbedarf gegeben ist, ist unter den politischen Mitbewerbern unstrittig, wird parlamentarisch beraten und mit Sicherheit einer Lösung zugeführt. **Die Berichterstattung der Grünen sehen wir als Wahlgetöse, welches dem Image unserer Stadt und einem Zuzug junger Familien schadet. Unsere Stellungnahme erhielt die deutliche Zustimmung der vertretenen Fraktionen.**

**Zustimmung erhielt weiterhin unser Antrag auf kurzfristige Einberufung eines gemeinsamen Termins mit den Verantwortlichen der Lebenshilfe, als Träger unserer Kindertagesstätten, welcher zu Beginn der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2016 stattfinden soll.** Es kann nicht sein, dass ein Parlament auf Zuruf aus der Bevölkerung Entscheidungen zu wichtigen Themen ohne verlässliche und bestätigte Zahlen treffen soll. Hier ist neben der Verwaltung, auch das Zutun des Trägers gefordert um entsprechend Handeln zu können.

Die Freien Wähler beantragen im **HH künftiger Haushaltsjahre die Aufgliederung des Gesamtbetrages für Sach- und Dienstleistungen im Teilergebnisplan durch auführen**

**der einzelnen Unterkonten.** Dies erspart in vielen Fällen Nachfragen und erhöht die Transparenz. Der Antrag erhielt die Unterstützung aller Fraktionen.

Zu der Einstellung von Mitteln für ein **Baumkataster**, welches für die Ersterfassung in 2016 Kosten in Höhe von 10.000,00 € und jährlich wiederkehrend 1.000,00 € verursacht, wurde heftig debattiert. Die Freien Wähler fordern die Absetzung der Mitteleinstellung, da man eine Erfassung und Zustandsbewertung in einer kostengünstigeren Variante herstellen kann. Dieser Argumentation wurde nur durch die Vertreterin der FDP gefolgt, welche ebenfalls die Mittelabsetzung beantragt hatte. Strafrechtliche Gesichtspunkte wurden von den Gegnern unseres Antrages angeführt, dem wir so nicht folgen können.

Zu dem Produktbereich „**Aufgaben des Brand-/Katastrophenschutzes**“ kam es bei den Sach- und Dienstleistungen zu einem Mittelansatz in Höhe 96.200,00 €, welcher weitgehend der Höhe entsprach, der durch die FFW mit einem Betrag von 95.135,00 € als Mittelzuweisung beantragt wurde. Auffällig in der Mittelanmeldung der FFW war auch in diesem Jahr ein Betrag in Höhe von **4.320,00 € für ein Dienstfahrzeug des technischen Einsatzleiters**, welches auf Leasingbasis angeschafft werden soll. Auch wenn die Bürgermeisterin diese Ausgabe als fragwürdig und bei einer Feuerwehr in unserer Größenordnung als nicht erforderlich ansieht, erstaunt es, dass SPD und Grüne diese Mittelanmeldung unkommentiert lassen und dem Gesamtbetrag der beabsichtigten Aufwendungen uneingeschränkt zustimmen.

**Die Freien Wähler vertreten zu dem Brand- und Katastrophenschutz eine klare Linie**, die wie nachstehend vorgetragen wurde. Es wurde ausdrücklich erwähnt, dass die Feuerwehr und die hier ehrenamtlich Tätigen ein hohes Ansehen genießen, für das außerordentlich zu danken ist. Unstrittig ist auch, dass die Feuerwehr alle Mittel erhält, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Weiterhin sollte es aber auch ein Selbstverständnis sein, dass wir Aufwendungen, welche das Maß des Notwendigen überschreiten einer kritischen Betrachtung unterziehen. Unser Vorschlag, der eine Pauschale von 80.000,00 € vorsah, hätte den HH-Ansatz um 16.200,00 € unterschritten und sich an den Rechnungsergebnissen vergangener und die Vorausschätzungen zukünftiger Jahre orientiert. Für notwendige Überschreitungen wurde der § 100 HGO aufgeführt, der in dringenden und unabweisbaren Fällen eine Überschreitung des HH-Ansatzes möglich macht.

Einem Antrag zur **barrierefreien Gestaltung** des kleinen Parkplatzes und Einganges **im östlichen Bereich des Allendorfer Friedhofes** wurde einstimmig zugestimmt. Hierfür wurde der Mittelansatz im Produkt „Betrieb von Friedhöfen/Bestattungen“ um 2.000,00 € erhöht.

Um eine **Ersatzbeschaffung (Baggerlader)** im Rahmen des Fahrzeugkonzeptes ging es bei dem Produkt „Bauhof“, welche eine heftige Debatte verursachte. **Sachkundige aus den Reihen der Mandatsträger (FDP)** hatten sich über die anstehende Maßnahme weitere Informationen eingeholt und a) zu dem Baggerlader, b) über den Hersteller, Reparaturmöglichkeiten und Ersatzteilbeschaffung sowie c) die Kosten-/Nutzenrechnung Gedanken gemacht. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse weichen deutlich von den Angaben der Verwaltung ab.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Angaben sehen die Freien Wähler hier noch kurzfristigen Klärungsbedarf und regten an, diese **Ausgabe von 100.000,00 € bis zur Klärung mit einem Sperrvermerk zu versehen**. Dem wurde seitens von SPD und CDU nicht gefolgt, welche die Vorlage der Verwaltung als ausreichend begründet ansehen. Man leiste sich einen Bauhof,

dies sei gut so und die Anschaffungen die benötigt werden, werden auch zur Verfügung gestellt, so die Begründung.

Hier stellt sich die Frage, ob bei neueren Erkenntnissen, keine weitere Abwägung erfolgen kann um ggf. eine bessere oder sinnvollere Ausstattung für den Bauhof generieren zu können.

**Der Argumentation der politischen Mitbewerber von CDU und SPD kann an dieser Stelle nicht gefolgt werden. Wo bleibt der verantwortungsvolle Umgang mit den uns anvertrauten Mitteln?**

Reiner Käs  
Fraktionsvorsitzender

### Anlage

Schriftliche Anträge der Freien Wähler zum Haushalt 2016 mit ausführlicher Begründung  
(Hinweis in rot sind die Abstimmungsergebnisse aus der Ausschusssitzung vom 15.02.2016)